

Protokoll der Gemeindeversammlung

1. Sitzung vom 31. März 2011 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Jürg Bühler, Susanne Haas, Lukas Lauper, Giorgio Lüthi, Stephan Naef, René Nusch Stefan Friedli, Geschäftsleiter Gemeindeverwaltung Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Giorgio Lüthi, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier Hofer
<u>Stimmenzähler:</u>	Daniel Altermatt, Urs Gerber, Sylvia Lüthi
<u>Entschuldigt:</u>	Christian und Sibylle Banga, Heidi Frei, Peter Graser, Hanni Huggel, Conrad Knauer, Roger Moser, Jiri Oplatek, Paul Schindler
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 21.15 Uhr

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 2010
 2. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010
 3. Kreditbegehren für die Einführung eines Geografischen Informationssystems GIS
 4. Quartierplanung Areal Aforum
 5. Heiligholzstrasse: Brücken über die H18 und die Birs / Instandsetzungsmassnahmen / Kreditgenehmigung
 6. Gruthbachdole / Sauberwasserentwässerung GEP
 7. Baurechte Dillacker / Schlussbericht
 8. Verschiedenes
-

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst 76 Anwesende zur heutigen Gemeindeversammlung. Er gibt die Entschuldigungen und die üblichen Versammlungsregeln bekannt. Die Medien sind durch die Herren Egli und Fink, Wochenblatt und Basellandschaftliche Zeitung, vertreten. W. Banga macht auf den Ablauf der Gemeindeversammlung aufmerksam. Die Einladungen mit der Traktandenliste wurden rechtzeitig verschickt und im Amtlichen Anzeiger veröffentlicht, der ausführliche Ratschlag ging pünktlich zu den Abonnentinnen und Abonnenten.

://: Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 2010

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Gemeindepräsident W. Banga: Bis zu diesem Berichtsjahr war Jeanne Locher Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, sie wird dieses Traktandum daher noch vertreten.

Jeanne Locher: Ich bin am 31. Dezember 2010 aus der GPK ausgetreten, weil ich die Leitung der Gemeindebibliothek übernommen habe. Meine Nachfolge als Präsident hat Urs Gerber übernommen. Weitere Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sind Thomas Argast, Ursula Berset und Bruno Raas. Als fünftes GPK-Mitglied wählte die Gemeindekommission Miriam Locher. Wie Sie sicher wissen, ist die GPK verpflichtet, im ersten Halbjahr gegenüber der Gemeindeversammlung Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen. Die GPK ist dem Regierungsrat unterstellt. Zu ihren Aufgaben gehört es, zu prüfen, ob die Gemeindeversammlungsbeschlüsse umgesetzt wurden. Die GPK prüft abgeschlossene Geschäfte und die Arbeit von Behörden und Kommissionen. Sie gibt sich ihre Aufträge selber. Wenn etwas eingeht, wird im Gremium beschlossen, ob es geprüft wird oder nicht. Der vorliegende Bericht kann auch im Internet abgerufen werden. Er enthält zwei Hauptprüfungen: Die Prüfung der Leitung der Abteilung Bildung, Jugend und Freizeit, und die Prüfung des Tagesheims Münchenstein. Im Weiteren führten wir mit dem Finanzverwalter der Gemeinde ein Jahresgespräch, wir wiesen darauf hin, dass die Umsetzung des Personalreglements noch offen ist, und dass aus unserer Sicht auch die Entwicklung der Nachschulbetreuung beobachtet werden muss. Ein wichtiges Anliegen der GPK war auch der Ablauf bei den Gefährdungsmeldungen. Wir sind uns bewusst, dass der Bericht Fragen aufwerfen wird. An der Gemeindekommission informierte der Gemeinderat über die künftige Verwaltungsreorganisation. Ich bitte Sie daher, zuerst den Ausführungen des Gemeinderats zuzuhören und erst anschliessend Fragen zum GPK-Bericht zu stellen.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat wird Stellung zum Bericht beziehen, weil doch einige Punkte aufgeführt sind, die als nicht gut befunden wurden. Vizepräsident G. Lüthi wird Ihnen parallel zu meinen Ausführungen eine von Geschäftsleiter S. Friedli zusammengestellte Powerpoint-Präsentation zeigen. Der Gemeinderat dankt der GPK für die intensiven Prüfungsarbeiten und die kritische und sehr aufschlussreiche Berichterstattung. Aus dem Prüfbericht über die Leitung der Abteilung Bildung, Jugend und Freizeit stellt die GPK insgesamt eine unsystematische und zum Teil mangelhafte Organisation fest. Der Gemeinderat ist sich dieser Problematik bewusst und überarbeitet die Verwaltungsorganisation grundlegend. Die Überarbeitung der Organisation ist Bestandteil respektive Inhalt der strategischen Zielsetzungen des Gemeinderats und auch Bestandteil des Leitbilds des Gemeinderats. Verbesserungspotenzial sieht die GPK in der Eingliederung der Aufgaben Alter, Gesundheit, Integration und Asylwesen in die Sozialen Dienste, in der Umsetzung des Controllings, in einem aktiven Standortmarketing für Münchenstein, in klaren Stellvertretungsregelungen auf Ebene Verwaltung, im Abschluss und in der Überarbeitung des Personalreglements, in systematischen Grundlagen zur Mitarbeiterführung mit zentraler Ablage und in einer Anleitung zur Handhabung der Mitarbeitergespräche. Der Gemeinderat wird innerhalb des laufenden Jahres 2011 die Verbesserungsvorschläge umsetzen. Auf der nächsten Folie sieht man grob die bisherige Organisation, Stand 31. Oktober 2010, also dem letzten Arbeitstag von Béatrice Grieder. Sie können feststellen, dass es sich hierbei noch um die Organisation mit zwei Vorgesetzten auf gleicher Ebene, also Gemeinde- und Bauverwalter, handelt. Wie schon erwähnt, will der Gemeinderat diese Organisationsform ändern und nur noch eine Einerspitze bestimmen. Die Rahmenbedingungen für diese Verwaltungsorganisation sind vom Gemeinderat definiert. Wir wollen den budgetierten Personalaufwand einhalten, wir wollen keine Überschreitung der genehmigten Stellenprozente, wir wollen die Hauptelemente im Lauf des Jahres 2011 umsetzen und wir wollen Führungsfunktionen mit in der Regel maximal fünf direktunterstellten Mitarbeitenden. Zuerst im neuen Organigramm bleibt der Gemeinderat, dann gibt es einen Controlling-Ausschuss, die Stabsdienste und vier Hauptabteilungen (Bau, Allgemeine Dienste, Finanzen/Steuern, Soziales). Ein neues Element ist der Ausschuss für ein strategisches Controlling. Er wird die Erreichung der Legislaturziele des Gemeinderats und der Verwaltung überprüfen (Planung, Kontrolle und Steuerung der Ursachen- und Wirkungszusammenhänge) und direkt dem Gemeinderat rapportieren. Ebenfalls ein neues Element ist die Einerspitze, die gemäss den Vorgaben des Gemeinderats umgesetzt wird. Ein weiteres neues Element ist die Stabschefin oder der Stabschef, die/der die Hauptabteilung Stabsdienste mit den Bereichen operatives Controlling, Personal, Informatik, Geschäftsführung Gemeinderat, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung führen wird.

Zugleich unterstützt diese Person den Geschäftsleiter in Sachen Standortmarketing und wird dessen Stellvertretung wahrnehmen. Als weitere neue Elemente wird es eine Hauptabteilung Gesundheit/Soziales geben. Diese Hauptabteilung wird Aufgaben im Bereich Koordination Alter, Sozialhilfe und Integration, im Asylwesen, im Vormundschafswesen - bis jetzt waren das Vormundschafswesen und das Soziale getrennt - und im Bereich Kinder, Jugendliche und Familie (Famex) wahrnehmen. Für den Bereich Famex wird eine neue Leitungsfunktion geschaffen, die die Angebote Tagesfamilien, Schulergänzende Betreuung, Mittagstisch, Tagesheim, Robinsonspielplatz und Jugendtreff führen und koordinieren wird. Es wird keine finanziellen Überschreitungen und keine Stellenerhöhungen geben. Das erfolgt durch Stellenreduktionen und interne Änderungen bei den Aufgaben. Wir nehmen Änderungen im Bereich des internen Rechtsdienstes und bei den Allgemeinen Diensten vor; dort werden zwei Vollzeitstellen abgebaut. Die Stellen werden auf die neuen Elemente umgelegt. Die GPK hat gleichzeitig auch auf die unendliche Geschichte des Personalreglements hingewiesen. Ich kann Ihnen ganz kurz den bisherigen Ablauf noch einmal darlegen: Im 2004 beschloss der Gemeinderat, das Personalreglement vom Dezember 1999 gesamthaft zu revidieren. Die entsprechenden Arbeiten gingen nur zögerlich voran, was auch zu entsprechender Kritik führte. Im September 2009 reichte Christine Pezzetta namens der FDP einen Antrag gemäss § 68 ein, mit dem sie verlangte, das Reglement zu überarbeiten. In der Folge wurden die Arbeiten bis September 2010 weitergeführt. Geschäftsleiter Stefan Friedli nahm sich bei seinem Stellenantritt im November dieser Problematik an und beantragte beim Gemeinderat, die Arbeiten zu sistieren. Am 14. Dezember 2010 verabschiedete der Gemeinderat eine Verordnung über die Rechte und Pflichten eines Personalrats. Die Gemeindeverwaltung Münchenstein verfügt also seit dem 1. Januar 2011 über einen Personalrat. Am 9. Februar 2011 führte der Gemeinderat eine Klausursitzung durch, ergänzte sein Leitbild mit dem Bereich Personal und legte die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen für die weitere Überarbeitung des Personalreglements fest. Am 1. März 2011 definierte er die Projektziele, den Projektauftrag und die Projektorganisation für die Überarbeitung des Personalreglements. Zugleich wurden der Phasen- und der Kommunikationsplan verabschiedet. Gemäss dieser Planung wird das Personalreglement der Gemeindeversammlung im Juni 2011, nach der Vorprüfung durch den Kanton, zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Gemeinderat will den Forderungen der GPK gerecht werden. Die Umsetzung der Eingliederung der Aufgaben Alter, Gesundheit, Integration und Asylwesen in die Sozialen Dienste ist auf Kurs. Ebenfalls auf Kurs ist die Umsetzung des Controllings. Geplant ist ein aktives Standortmarketing. Auf Ebene Verwaltung sind klare Stellvertretungsregelungen geplant, die Umsetzung läuft. Die systematischen Grundlagen zur Mitarbeiterführung mit zentraler Ablage und Anleitung zur Handhabung der Mitarbeitergespräche sind bereits umgesetzt. Ein Teil der Forderungen der GPK wurde schon vor Eingang des Berichts an die Hand genommen.

Daniel Altermatt, Grünliberale: Schon vor den Ausführungen des Gemeinderats wollte ich der Geschäftsprüfungskommission für den ausführlichen Bericht und die Untersuchungen danken. Nach den Ausführungen des Gemeinderats bin ich, auch als Präsident der Jugendkommission, fasziniert, was der GPK-Bericht ausgelöst hat. Wir werden Jeanne Locher nachtrauern! Ich hoffe, die GPK wird es unter der neuen Leitung genau gleich gut machen. In der Jugendkommission wussten wir natürlich, was alles auf dem Pult der Abteilungsleiterin Bildung und Jugend gelandet ist, und dass sie für die Arbeit, die wir hätten mitbetreuen sollen, fast keine Zeit gefunden hatte. Ich freue mich sehr, dass diese „Aufräumete“ nun wirklich eine bessere Organisation zur Folge hat. Ich danke auch dem Gemeinderat, dass er das Ganze an die Hand genommen hat.

Dieter Rehmann, SP: Wenn man den GPK-Bericht gelesen hat, hat man viel Neues aber auch viel Altes erfahren können. Viele Sachen wurden immer wieder bemängelt: Interne Prozesse, die nicht klar geregelt waren, Zuständigkeiten, die nicht klar waren oder unklare Regelungen bei der Mitarbeiterführung. Walter Banga hat gesagt, dass der Gemeinderat die Sache noch vor Bekanntwerden des GPK-Berichts in Angriff genommen hatte, aber es gab ja schliesslich auch die Berichte aus den Vorjahren, denen ganz Ähnliches zu entnehmen war. Seit November 2010 haben wir einen neuen Geschäftsleiter, und seither geht in der Verwaltung die Post ab. Ich finde das gut so. Bereits am 1. Januar 2011 entstand ein Personalrat und die Revision des Personalreglements, das jahrelang vor sich hinschlummerte, soll nun bereits im Juni verabschiedet werden. Dazu kann ich nur gratulieren. Die SP sieht dem neuen Reglement zuversichtlich entgegen. Ich hoffe einfach, dass die Mitarbeitenden und auch der Gemeinderat von diesem Tempo nicht überrascht und überfordert werden. In diesem Sinne danke ich der GPK für den Bericht und freue mich auf die Umsetzung der angekündigten Schritte.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Kreditbegehren für die Einführung eines Geografischen Informationssystems GIS

Gemeinderat G. Lüthi erläutert die Vorlage mit einer Powerpoint-Präsentation (siehe Dokumentation im Anhang zu diesem Protokoll). Rund 80 Prozent aller Entscheidungen weisen einen räumlichen Bezug auf. Das sind sogenannte Geo-Informationen. Schon heute kennt man in Münchenstein ein Leitungskataster, bei dem bereits 80 % der Daten digital erfasst sind. Man kann den Strassenzustand via Web einsehen, es gibt ein Wassernetz auf einem Übersichtsplan von 1:2000, wir besitzen einen Landschaftszonenplan Teilgebiet Ost im Verhältnis 1:5000, es gibt einen Versickerungsplan, wir haben im Zusammenhang mit dem Wasser auch eine Qualitätssicherung, in der Gefahrenquellen, Altlasten und Grundwasserströme definiert sind. Wir haben Beschilderungen, Grünflächen, die verwaltet werden müssen, einen Winterdienst mit einem genauen Einsatzplan, wer was wann macht. Wir haben eine Bauzonenstatistik, die Standorte der Mobilfunkantennen, ein Bauinventar von geschützten Bauten und so weiter. Es gibt jedoch auch sogenannte kaufmännische Daten, die verwaltet werden müssen (beispielsweise der Steuerfuss) oder die Zuteilung der Schulkinder auf die verschiedenen Schulen. Im GIS werden alle diese Daten miteinander vernetzt. Sie werden analysiert und auf geschickte Art und Weise dargestellt. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel (Datentöpfe in Folie 3) darstellen. Wichtig ist, dass die Daten immer sauber aufgearbeitet werden. Zur Darstellung der Daten hat der Bund im 2008 ein Gesetz erlassen, damit jede Gemeinde und jeder Kanton gleich vorgeht. Man baut also Schnittstellen, und das GIS ist dann nichts anderes als eine intelligente Drehscheibe. Das Gemeinde-GIS ist eine Zusammenfassung aller Datentöpfe und ermöglicht den Zugriff darauf auf intelligente Art und Weise. Via Internet macht man ein sogenanntes Web-GIS zugänglich, auf das man - je nach Berechtigung - auch von zu Hause aus zugreifen kann. Geodaten sind auch orts- und raumbezogene Daten; man spricht manchmal von Raumdaten. Mit ihnen beschreibt man zum Beispiel die Form der Koordinaten, Ortsnamen, Postadresse und so weiter. Das GIS ist auch eine unerlässliche Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie. Typische Prozesse einer Gemeinde sind die Auskunftserteilung, Dokumentationen, Bewilligungen, Planung und Bewirtschaftung. All das kann mit einem GIS unterstützt und vor allem auch optimiert werden. Auf Folie 7 sieht man typische Anwendungsbeispiele für den GIS-Einsatz. G. Lüthi zeigt eine Animation einiger typischer Beispiele (Eigentümer, Parkhaus/Friedhof, Visualisierungen - Folien 8 bis 10). Auf Folie 11 sieht man, wie die Umsetzung des GIS funktioniert. Rund 67 % des Gesamtaufwands werden für die korrekte Erfassung der Daten benötigt. Die übrigen 33 % werden für die Bereitstellung des GIS verwendet (Sicherstellung der Organisation etc.). Wenn der Vorlage zugestimmt wird, kann im 2011 mit der Umsetzung begonnen werden. Der produktive Betrieb ist auf Ende 2012 vorgesehen. Die Kosten belaufen sich total auf 575'000 Franken, aufgeteilt auf die Abwasser-, Wasser- und Einwohnerkasse. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich dann auf rund 25'000 Franken. Der Nutzen des GIS liegt in der systematischen Zurverfügungstellung von Daten. Das führt zur Vereinfachung von sowohl internen als auch externen Arbeitsprozessen. Pro Jahr können so rund 1'400 Arbeitsstunden eingespart werden. Ich bitte Sie daher, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Thomas Argast, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Gemeindekommission hat das Geschäft diskutiert, und sie war einstimmig der Meinung, dass das GIS eine gute Sache ist. G. Lüthi hat ausführlich erklärt, wie das System, von dem alle einen Nutzen haben, funktioniert. Die Gemeindekommission hat dem Antrag einstimmig zugestimmt und empfiehlt, ihn gutzuheissen.

Jeanne Locher: Ich hätte gerne eine Präzisierung. In der Vorlage steht „was ist ein GIS?“ und es steht auch „gezielte Informationen können per Internet öffentlich zugänglich gemacht werden“. G. Lüthi hat uns als Beispiele den Friedhof, Robidog, Parzellen, Schulen etc. gezeigt. Wenn ich es richtig verstehe, geht es aber nicht darum, dass ich zu Hause im Internet surfe und zum Beispiel ein Grab suche oder schaue, wer auf welcher Parzelle wohnt.

Thomas Argast: Ich arbeite in der EBM. Wenn man sieht, wie schnell man heutzutage an Informationen über beispielsweise Dächer kommt, welche Erdbohrungen gemacht wurden etc. stellt man fest, dass es sich beim GIS um ein gutes System handelt. Es ist doch auch spannend, wenn man relativ einfach herausfinden kann, wo jemand auf dem Friedhof bestattet ist, wenn man ihn besuchen möchte. Ich kann dem GIS auch persönlich nur zustimmen.

Jürg Buser: Das Geschäft wurde auch an der Parteiversammlung der CVP ausführlich diskutiert. Wir sind einhellig der Meinung, dass ein GIS sinnvoll ist. Auch wir finden, dass die Prozesse dadurch vereinfacht werden und für alle ein Nutzen entsteht. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

David Meier, FDP Die Liberalen: Wir finden, dass eine moderne Gemeinde wie Münchenstein auch moderne Werkzeuge benötigt, um die täglich anfallenden Aufgaben bewältigen zu können. Gleichzeitig sind wir auch der Auffassung, dass die Dienstleistungen der Gemeinde auch auf neuesten technologischen Grundlagen basieren müssen. Hinsichtlich Datenschutz muss man sich bewusst sein, dass man bei einem solchen Tool auch die Möglichkeiten haben muss, zu bestimmen, wer worauf Zugriff hat. Im Namen der FDP Die Liberalen bitte ich Sie, Ja zu diesem Antrag zu sagen.

Gemeinderat G. Lüthi: Jeanne Locher hat indirekt den Datenschutz angesprochen. Alle Daten, die schon jetzt in der Gemeindeverwaltung bezogen werden können, können später direkt von zu Hause aus geholt werden. Schon heute kann zum Beispiel bei jeder Parzelle im Kanton Basel-Landschaft der Eigentümer in Erfahrung gebracht werden, nicht jedoch, wer im fraglichen Haus wohnt. Ebenfalls nicht ersichtlich ist, wie hoch der Steuerertrag von jemandem ist. Der Datenschutz ist also auf jeden Fall sichergestellt, genau wie schon heute.

://: Dem Sonderkredit für die Einführung eines Geografischen Informationssystems in der Gemeindeverwaltung Münchenstein (Projekt Raumdaten/GIS) in der Höhe von Fr. 575'000.-- wird einstimmig zugestimmt.

(Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)

Traktandum 4

Quartierplan Areal Aforum

Gemeinderat L. Lauper erläutert den Quartierplan Aforum kurz mittels Folien (siehe Anhang zu diesem Protokoll). Das Gebiet liegt an der Kreuzung Loogstrasse/Emil Frey-Strasse, direkt an der Tramhaltestelle Loogstrasse. Im Moment befinden sich zwei Gebäude auf dem Areal. Weshalb eine Quartierplanung? Die Gebäude haben mittlerweile ein stattliches Alter erreicht. Vor allem auch aus energetischer Sicht müssen sie saniert werden. Eine Sanierung ist jeweils der Zeitpunkt, an dem sich die Eigentümer mit der Gemeinde über das weitere Vorgehen in einem solchen Gebiet unterhalten. Das wurde auch im vorliegenden Fall gemacht. Das Ziel, das man mit diesem Quartierplan erreichen will, ist mehr Wohnraum an einer gut durch das ÖV erschlossenen Lage. Das entspricht dem Raumkonzept Schweiz, das sich zurzeit in Vernehmlassung befindet, es entspricht dem kantonalen Richtplan und es entspricht auch dem räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde Münchenstein. Ein weiteres Ziel ist die energetische Verbesserung, und nicht zuletzt geht es auch darum, der Kreuzung Loogstrasse/Emil Frey-Strasse mehr Akzente zu geben, damit sie besser erkennbar ist. Gemeinderat L. Lauper zeigt an einem Planausschnitt, was im Quartierplan vorgesehen ist. Nur schon durch die aktuellen Bauvorschriften kann eine massive Verbesserung der Energiebilanz erreicht werden. Weiter haben wir vom Eigentümer eine schriftliche Mitteilung erhalten, dass er sich dem Wärmeverbund Loog anschliessen möchte. Wenn das nicht klappen sollte, möchte er die Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern herstellen. Die Arealbaukommission und auch die Fachstellen des Kantons haben den Quartierplanentwurf geprüft und befürworten ihn. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag des Gemeinderats Folge zu leisten.

Thomas Argast, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Gemeindekommission hat das Geschäft eingehend diskutiert und war der Meinung, dass verdichtetes Bauen unbedingt notwendig ist. Wenn man sieht, dass in der Schweiz pro Minute ein Quadratmeter Land verschwindet, ist ein solcher Quartierplan eine Chance, mehr Wohnraum zu schaffen, ohne dass mehr Land benötigt wird. Daher war die Kommission einstimmig der Meinung, dem Antrag sei zuzustimmen.

Tanja Bangerter: Bevor ich zu diesem Geschäft komme, möchte ich mich kurz vorstellen. Ich habe für den Landrat kandidiert und möchte mich an dieser Stelle für die Stimmen bedanken. Die SP hat sich eingehend mit dem Quartierplan AUFORUM beschäftigt und kompetent Auskunft von Lukas Lauper erhalten. Zwei Punkte sind der SP sehr wichtig: der Ausbau von Wohnraum an gut erschlossener Stelle und eine gute Energieeffizienz der Gebäude. Ausserdem bietet der Umbau eine Aufwertung dieses Gebiets. Die SP Münchenstein kam einstimmig zum Schluss, dem Antrag zuzustimmen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Doris Jost: Ich habe eine Frage zur Fussgängerführung entlang der Loogstrasse. Gibt es auch bei den Zebrastreifen eine Erneuerung?

Thomas Argast: Es hat mich gefreut, dass Herr Lauper über erneuerbare Energien gesprochen hat. Im Reglement steht auf Seite 4, § 10, Absatz 2, dass ein Anschluss an die Fernwärme nur *geprüft* wird. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass das Reglement angepasst wird. Oder handelt es sich nur um einen Hinweis des Bauherrn? Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass jemand, der eine so grosse Aufwertung seines Landes erhält und dann über 1'000 m² mehr vermieten kann, ohne Probleme mittels Reglement „motiviert“ werden könnte, erneuerbare Energie, sprich Wärmepumpe oder ähnliches, einzusetzen, wenn er nicht an den Wärmeverbund angeschlossen werden kann. Diese Forderung ist für mich im Reglement zu wenig konkret enthalten. Falls dem nicht so wäre, würde ich nachher einen entsprechenden Antrag stellen.

Christine Pezzetta: Bitte erlauben Sie mir aus aktuellem Anlass einen Vergleich mit dem Landrat: Im Landrat gibt es immer 90 Sitze, aber es gibt auch immer mehr Leute und Parteien, die hinein wollen, das heisst, es gibt pro Partei also immer weniger Sitze. So ist es auch mit dem Boden. Die Welt wird grösser, es gibt immer mehr Menschen und dementsprechend wird der Raum weniger. Dagegen können wir aber etwas tun, indem wir verdichtetes Bauen ermöglichen. Die FDP hat den Antrag einstimmig befürwortet und möchte Ihnen das ebenfalls nahelegen.

Gemeinderat L. Lauper: Zu den Zebrastreifen: Bei der Emil Frey-Strasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse. Deshalb ist es schwierig, etwas zu machen. Planerisch gesehen sind Zebrastreifen nicht im Perimeter und darum ist im Zusammenhang mit dem Quartierplan auch nichts vorgesehen. Man kann die Frage auch sonst einmal angehen. Frau Jost kann die Problematik bei der Gemeinde darstellen, dann kann man die Sache prüfen. Man muss jedoch immer im Hinterkopf haben, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt, die Gemeinde kann also nicht selber etwas machen. Sie muss in diesem speziellen Punkt immer den Kanton einschalten. Zur Energie: Nach der letzten Gemeindekommissionssitzung nahmen wir nochmals mit dem Grundbesitzer Kontakt auf. Es liegt eine schriftliche Bestätigung von ihm vor, dass er wie eingangs erwähnt vorgehen will. Der Gemeinderat hat nicht vorgesehen, das Reglement anzupassen.

://: Dem Quartierplanung „Areal AUFORUM“, bestehend aus dem Quartierplanreglement und dem Quartierplan (Situation und Schnitte) im Massstab 1:500, wird einstimmig zugestimmt.
(Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)

Traktandum 5

Heiligholzstrasse: Brücken über die H18 und die Birs / Instandsetzungsmassnahmen / Kreditgenehmigung

Gemeinderätin S. Haas erläutert die Vorlage mittels Powerpoint-Präsentation. Die Gemeinde lässt ihre Kunstbauten in regelmässigen Abständen überprüfen. Die Brücken über die H18 und die Birs wurden vor dreissig Jahren erstellt. Bei der Prüfung stellte man fest, dass vor allem der Belag in einem schlechten Zustand ist. Er weist Spurrinnen, Blasen und Risse auf. Um weitere grössere Schäden zu verhindern, muss jetzt die Sanierung in Angriff genommen werden. Das Projekt beinhaltet die Entfernung des jetzigen Belags, die Reinigung der Betonoberfläche, das Abdichten und Aufbringen eines neuen Belags, die Neuerstellung des Trottoirs, den Totalersatz der Fahrbahnübergänge und die Instandsetzung des Geländers. Während der Bauzeit soll der Verkehr immer einspurig fließen können, die Fussgänger werden über die Holzbrücke an der Birs geleitet. Die Bauzeit dauert rund fünf Monate, der Beginn der Arbeiten ist im Frühling 2012 vorgesehen. Die Baukosten betragen 1,035 Millionen Franken mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 10 %. Ein besonderes Kostenrisiko stellt der unbekanntes Zustand der beweglichen

Spannköpfe dar. Falls eine Sanierung notwendig würde, so müsste man mit zusätzlichen Kosten von rund 20'000 Franken rechnen. Dieser Betrag ist jedoch in den Kreditreserven enthalten. Die Finanzierung geht zulasten der laufenden Rechnung, das heisst, ab 2013 müsste der Restbuchwert jährlich mit 10 % abgeschrieben werden. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dem Kredit zuzustimmen.

Thomas Argast, Vizepräsident der Gemeindekommission: Auch hier hat die Gemeindekommission eingehend diskutiert. Sie findet es gut, dass man Brücken rechtzeitig, bevor sich Rost ansetzt, saniert. Sie empfiehlt Ihnen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Urs Gerber: Die FDP Die Liberalen hat die Vorlage detailliert geprüft und festgestellt, dass eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt fällig ist, obwohl man auf den ersten Blick meint, der Zustand sei noch in Ordnung. Wir empfehlen Ihnen, dem Sonderkredit in der Höhe von 1,035 Millionen Franken zuzustimmen.

://: Dem Sonderkredit für das Projekt Heiligholzstrasse, Brücken über die H18 und die Birs, Instandsetzungsmassnahmen, in der Höhe von Fr. 1'035'890.-- exkl. Mehrwertsteuer wird einstimmig zugestimmt.

(Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)

Traktandum 6

Gruthbachdole / Sauberwasserentwässerung GEP

Gemeinderätin S. Haas erläutert die Vorlage mittels Powerpoint-Präsentation (siehe Anhang zu diesem Protokoll). Vor gut hundert Jahren wurde der Gruthbach eingedolt, weil der Nutzungsdruck und die Baulandgewinnung zugenommen hatten. Der eingedolte Gruthbach entwässert die Geländekammer oberhalb des alten Dorfs und ist eine Hauptleitung für die Abführung von Oberflächenwasser. Es ist wichtig, dass Sauberwasser in der Schmutzwasserkanalisation reduziert wird, weil die Kanalisation bei grösserem Regen oft nicht ausreicht und das Wasser aus den Dolen quillt. Das vorliegende Projekt ist eine erste Massnahme zur Umsetzung des generellen Entwässerungsplans. Bereits bestehende Sauberwasserleitungen werden an die neue Sauberwasserleitung angeschlossen. Das ganze Projekt kostet 1,864 Millionen Franken, wiederum mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 10 %. Die Finanzierung erfolgt zu einem grossen Teil zulasten der Abwasserkasse. Die Kosten für den Ersatz der Wasserleitungen werden auf die Wasser- und Abwasserkasse aufgeteilt. Eine Erhöhung der Gebührenansätze ist nicht vorgesehen. Der Verkehr wird während der Bauzeit massiv beeinträchtigt, das heisst, gewisse Abschnitte müssen mit einer vollständigen Sperrung und Umleitungen über Seitenstrassen belegt werden. Wenn der Kredit gutgeheissen wird, soll möglichst schon im Juni mit den Arbeiten begonnen werden, damit die Hauptarbeiten bis Ende 2011 fertiggestellt werden können. Die Aufbringung des Feinbelags ist dann im Frühling 2012 geplant.

Thomas Argast, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Gemeindekommission betrachtet das Projekt als richtig und wichtig und hat ihm nach kurzer Diskussion einstimmig zugestimmt. Wir bitten Sie, den Antrag des Gemeinderats gutzuheissen.

Christine Pezzetta: Diese Gemeindeversammlung scheint aus zwei Gründen in die Geschichte einzugehen: Erstens ist weniger als ein Prozent der Stimmberechtigten anwesend und es wurden - wenn Sie dem Antrag einstimmig entsprechen - an einem Abend einstimmig über 3,5 Millionen Franken ausgegeben. Zum Projekt: Ich wohne selber am Gruthweg und kann bestätigen, dass die Kapazität des Gruthbachs bei einem richtigen Sommergewitter nicht ausreicht. Das Wasser spritzt aus den Dolendeckeln, und auf der Strasse stehen einige Zentimeter Wasser, das Geröll und Dreck mitschwemmt. Das beeinträchtigt natürlich die Lebensqualität nicht massgeblich, aber wir haben grosses Vertrauen in Susanne Haas, die sicher weiss, wann welche Sanierungen nötig sind. Zudem belastet das Projekt die Wasser- und nicht die Einwohnerkasse. Aus diesem Grund kann die FDP Ihnen den Antrag einstimmig zur Annahme empfehlen.

Tanja Bangerter: Ich wende mich im Namen der SP Münchenstein und auch im Namen der Anwohnerinnen und Anwohner des Gebiets Steinweg an Sie. Der Bau der Sauberwasserleitung ist dringend nötig, weil sich - wie Susanne Haas es erwähnt hat - die Gruthbachdole in einem sehr schlechten Zustand befindet. Zudem sind die beiden neuen Wasserleitungen für die Wasserversorgung zwischen dem Reservoir Weihermatt und dem Wohngebiet im Tal wichtig. Die

SP Münchenstein hat dem Begehren an der Parteiversammlung einstimmig zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Antrag stattzugeben.

Gemeinderätin S. Haas auf eine Frage von René Ramel: Die Ausschreibung ist im Moment im Gange aber ich kann nicht sagen, welcher Unternehmer zum Zug kommt; das ist noch nicht bekannt.

Gemeindepräsident W. Banga: Es wird ein ordentliches Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Deshalb können auch keine Namen genannt werden.

Bauverwalter G. Davet: Die Vergabesumme ist so hoch, dass ein offenes Ausschreibungsverfahren gemacht werden muss. Das heisst, ganz Europa ist eingeladen, sich am Verfahren zu beteiligen. Die Gemeinde kann nicht wählen, wen sie einladen möchte. Der Zuschlag geht an den Unternehmer, der das wirtschaftlich günstigste Angebot eingereicht hat.

://: Dem Sonderkredit für das Projekt Neubau Sauberwasserleitung als Ersatz für die alte Gruthbachdole, Anpassung private Hausanschlüsse, Erneuerung Wasserleitungen sowie Verstärkung Bachdole Bahnhofstrasse, in der Höhe von Fr. 1'864'620.-- wird einstimmig zugestimmt.

(Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)

Gemeindepräsident W. Banga gibt zuhanden der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner bekannt, dass eine Informationsveranstaltung durchgeführt wurde. Die Verwaltung beabsichtigt, auch während der Bauzeit weiterhin zu informieren. Wenn jemand besondere Anliegen (Transport Heizöl usw.) hat, kann er sich mit der Verwaltung in Verbindung setzen. Es wird sehr darauf geachtet, dass am Gruthweg alles einigermassen reibungslos ablaufen wird.

Traktandum 7

Baurechte Dillacker / Schlussbericht

Gemeinderat G. Lüthi erläutert den Schlussbericht mittels Powerpoint-Präsentation. Vielleicht erinnern sich die Anwesenden an die Gemeindeversammlung vom 8./9. Dezember 2004, an der 10 % der Stimmberechtigten, nämlich 746 Personen, teilgenommen hatten. Damals wurde der Verkauf der Baurechtsparzellen im Dillacker beschlossen. Heute liegt der Schlussbericht vor. Es wurde der Verkauf von 35 Baurechten zum Preis von 577 Franken bzw. 580 Franken indexiert pro Quadratmeter, beschlossen, gültig bis Ende Dezember 2010. Es wurde bestimmt, dass der Erlös aus den Verkäufen, 4,5 Millionen Franken, zum Abbau des Bilanzfehlbetrags verwendet und der Rest in strategische Liegenschaftskäufe investiert wird. Von den 35 Baurechtsparzellen wurden mittlerweile 31 verkauft, und es wurde ein Erlös von rund sieben Millionen Franken erzielt. Der Bilanzfehlbetrag wurde ordnungsgemäss abgebaut. An der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2009 wurden der Finanzierung der Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt zugestimmt und zwei Millionen aus diesem Konto zur Verfügung gestellt. Der Rest, 545'000 Franken, wurden in das Konto strategische Liegenschaftskäufe eingelegt. Bei den vier noch nicht verkauften Baurechtsparzellen dürfte es noch etwas länger gehen, weil diese Baurechtsnehmer im Moment die Parzellen nicht kaufen möchten. Dort müssten zu gegebener Zeit neue Beträge ausgehandelt werden.

://: Vom Schlussbericht über die Baurechte Dillacker wird Kenntnis genommen.

Traktandum 8

Verschiedenes

Antrag gemäss § 68 von Anton Bischofberger betreffend Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kuspos

Anton Bischofberger: Wenn Sie hier in diesem Saal an die Decke schauen, dann sehen Sie, dass das Dach des Kuspos einen Neigungswinkel von 10° besitzt, und Sie sehen auch, dass das Dach nach Süden orientiert ist. Was man von Innen nicht sieht, ist, dass es sich um ein Metallpulldach handelt, auf das man sehr einfach etwas montieren kann. Es ist weit und breit kein Dach zu finden, das geeigneter ist, um eine Photovoltaikanlage zu installieren. Eine

Photovoltaikanlage in dieser Grösse würde etwa 80'000 bis 100'000 Kilowattstunden Strom produzieren, was dem Energieverbrauch von 20 Einfamilienhäusern oder 30 bis 40 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entspräche. Die Grünen stellen daher den Antrag, den Gemeinderat zu beauftragen, der Gemeindeversammlung ein Projekt zur Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kuspos vorzulegen. Wir haben in diesem Antrag nicht gesagt, wie der Gemeinderat das machen soll. Grundsätzlich gibt es ja zwei Varianten: Die eine Möglichkeit wäre, dass das Dach an einen privaten Investor vermietet wird - Zins 800 bis 1'000 Franken pro Jahr - oder aber, dass die Gemeinde selber die Anlage baut - Investitionskosten von rund einer halben Million Franken mit einer Amortisationszeit von rund 13 Jahren.

Antrag gemäss § 68 von Anton Bischofberger betreffend Beitritt zum trinationalen Atomschutzverband

Anton Bischofberger: Wir möchten Ihnen noch einen zweiten Antrag unterbreiten: Wir beantragen, dass die Gemeinde Münchenstein dem trinationalen Schutzverband gegen das Atomkraftwerk Fessenheim beitrifft. Japan ist im Moment in aller Munde. Wir wissen, wie gefährlich Atomkraftwerke sind; das muss in der heutigen Situation nicht mehr präzisiert werden. Münchenstein ist nur 40 Kilometer von Fessenheim entfernt. Gerade heute konnte der Zeitung entnommen werden, dass sogar staatliche Institutionen der Meinung sind, Fessenheim sei nicht erdbebensicher. Japan muss nun die Bevölkerung in einem Umkreis von 40 Kilometern evakuieren. Falls Münchenstein evakuiert werden müsste, weil in Fessenheim etwas passiert ist, hätte man keine Garantie, je wieder einmal zurückkehren zu können. Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurden bereits vorstellig. Im Moment geht es darum, dass möglichst viele Gemeinden dem Schutzverband als öffentliche Institutionen beitreten und in Paris Druck machen können. In diesem Zusammenhang möchte ich noch anfügen, dass wir selbstverständlich erwarten dass im Budget 2012 sämtlicher Strom atomfrei beantragt werden wird. Bis jetzt ist ja erst die Strassenbeleuchtung atomstromfrei, der Rest noch nicht.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir nehmen diese Anträge gemäss § 68 entgegen. Selbstverständlich wie immer unter dem Vorbehalt, dass sie in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fallen. Meines Wissens ist übrigens die Gemeinde Münchenstein bereits Mitglied im trinationalen Atomschutzverband. Wir klären das noch definitiv ab.

Apéro nach der Gemeindeversammlung

Stephan Nigg: Wer am letzten Sonntag die Wahlen verfolgt hat, weiss, dass ich für die Grünliberalen in den Landrat gewählt wurde. Aus diesem Anlass möchten wir Sie gerne nach der Gemeindeversammlung zum Apéro einladen.

Gemeindepräsident W. Banga dankt für die Einladung und gratuliert für die ehrenvolle Wahl in den Landrat. Er hofft, dass Stephan Nigg die Gemeinde Münchenstein in Liestal würdevoll vertreten wird.

Die nächste Gemeindeversammlung wird am Montag, 20. Juni 2011, stattfinden. Das Schwergewicht liegt auf dem Rechnungsabschluss 2010 und - wie eingangs erwähnt - in der Behandlung des Personalreglements. Ich danke Ihnen allen für Ihre Teilnahme an der Versammlung und der Beteiligung an den Verhandlungen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

Walter Banga

Kathrin Cottier Hofer